

Frankfurt, 15. Juli 2015

PRESSEKONFERENZ

**Uwe Fröhlich,
Präsident des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

**Pressekonferenz zum Konsolidierten
Jahresabschluss der Genossenschaftlichen
FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken
2014**

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin
Telefon: (030) 20 21-13 00
Telefax: (030) 20 21-19 05

Internet: www.bvr.de
E-Mail: presse@bvr.de

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemeinsam mit meinen Vorstandskollegen Dr. Andreas Martin und Gerhard Hofmann möchte ich Ihnen heute den **Konsolidierten Jahresabschluss 2014** der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken vorstellen. Der Abschluss ist wie im Vorjahr ein IFRS-Abschluss und erfasst 1.047 Kreditgenossenschaften, die DZ BANK, die WGZ BANK und die zentralen Produktspezialisten: also die drei Hypothekenbanken DG HYP, WL BANK und Münchener Hypothekenbank sowie die Bausparkasse Schwäbisch Hall, die R+V Versicherung, die Union Investment, die VR-LEASING, die TeamBank und die DZ PRIVATBANK mit insgesamt 191.000 Mitarbeitern.

Ich freue mich, das wieder am Finanzplatz Frankfurt tun zu können und ich komme auch gleich zur Sache: Wir haben unsere von kaufmännischer Vorsicht geprägte Prognose des vergangenen Jahres erneut übertroffen und blicken mit einem konsolidierten Ergebnis vor Steuern von 10,7 Milliarden Euro auf ein für die genossenschaftliche FinanzGruppe sehr erfolgreiches Jahr 2014 zurück. Die deutschen Genossenschaftsbanken freuen sich mit inzwischen 18 Millionen Mitgliedern über einen stetigen Mitgliederzuwachs – plus 312.000 im Jahr 2014. Dies und auch unser konstantes Volumenwachstum im Kundengeschäft – zu dem Herr Dr. Martin sich gleich detaillierter äußern wird – bestätigen uns in unserem Antritt als starker Kreditgeber und zuverlässiger Partner der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland.

Aber auch wenn in unseren Ergebnissen des Jahres 2014 die erfreulichen Einflüsse gegenüber den negativen Faktoren überwiegen – ich denke bei den Negativfaktoren insbesondere an die langanhaltende Niedrigzinsphase und die stetig ansteigenden Regulierungskosten –, werden wir nicht der Versuchung nachgeben, uns auf den Abschlüssen der vergangenen Jahre auszuruhen. Im Gegenteil – wir werden mit aller unternehmerischen Kraft weiter an unserer **Wettbewerbsfähigkeit** arbeiten. Niemand kann – insbesondere nach dem letzten Wochenende – mit Sicherheit sagen, wann die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Niedrigzinspolitik aufgibt. Niemand weiß heute wirklich, wie sich die Situation in Europa, speziell in und um Griechenland weiterentwickelt. Sicher ist aber eines: Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken kann aus einer Position der Stärke heraus in die Zukunft investieren.

Daher überprüfen wir derzeit mit genauem Blick auf das Thema Kosten unsere Vertriebskanäle und justieren diese neu. Natürlich: unser Filialnetz – 12.770 Bankstellen waren es im Jahr 2014 – und unsere Präsenz in der Region bleibt für uns – anders als für manchen Wettbewerber – von großer Bedeutung. Dennoch arbeiten wir intensiv daran, unsere Vertriebskanäle

weiterzuentwickeln und den optimierten stationären Vertrieb stärker mit der digitalen Welt zu verzahnen.

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen gibt es keinen Pressetermin, in dem das Thema **Griechenland** keine Rolle spielt, und auch wir wollen Sie nicht zurück in die Redaktionen gehen lassen, ohne über Griechenland geredet zu haben. Griechenland befand sich bis zum Wochenende auf einer schiefen Ebene unmittelbar vor dem wirtschaftlichen Abgrund. Mit dem Referendum hatten die Griechinnen und Griechen zudem einen Betonblock zwischen sich und die Retter geworfen, der eine Rettung fast unmöglich erscheinen lässt. Daher war die am Montagmorgen erzielte Einigung der Eurogruppe auf Eckpunkte eines neuen Hilfsprogramms für Griechenland ein sehr wichtiger Beschluss. Er verhinderte zumindest vorerst den unmittelbar bevorstehenden Grexit. Die Gefahr, dass Griechenland wirtschaftlich ins Bodenlose rutscht und im schlimmsten Fall zu einem „failing state“ am Rand Europas wird, hat sich so verringert. Gebannt ist diese Gefahr aber noch lange nicht. Die Zustimmung der nationalen Parlamente ist alles andere als sicher. Am größten ist aber das Risiko, dass sich die Fehler der Vergangenheit wiederholen und Griechenland die getroffenen Vereinbarungen in den kommenden Monaten und Jahren erneut zu umgehen versucht.

Es war deshalb richtig, dass die Bundesregierung – nach der klaren Maxime „Hilfen nur im Gegenzug zu tief greifenden und überprüfbaren Reformen“ – als vertrauensbildende Maßnahme auf legislative Vorleistungen Griechenlands und die Einrichtung des Privatisierungsfonds bestanden hat, auch wenn die geplanten 50 Milliarden Euro Privatisierungserlöse nur schwerlich zu erreichen sein werden. Die Bundesregierung hat außerdem große Anstrengungen unternommen, um insgesamt substanzielle Reformanstrengungen festzuschreiben. Das ist auch notwendig für den Erfolg des geplanten Programms. Ohne grundlegende Modernisierung des griechischen Staates und der Wirtschaft ergibt ein weiteres Hilfsprogramm zu Lasten der europäischen Steuerzahler keinen Sinn.

Die aktuellen Entwicklungen in Griechenland zeigen aber auch, dass es nach fünf Jahren Euroschuldenkrise höchste Zeit ist, **Lehren für die Zukunft des Euroraums** zu ziehen. Es kann nicht sein, dass Europa ständig einen Großteil seiner Kraft auf die Bewältigung der Griechenlandkrise lenkt, während andere drängende Themen – ich denke hier zum Beispiel an die Bewältigung des Flüchtlingsstroms nach Europa – in den Hintergrund gerückt werden. Die Basis des Euroregelwerks, der Maastrichter Vertrag, hat sich als eine Schönwetterwährungsverfassung herausgestellt. Der Stabilitätspakt hat als Instrument zur Sicherung stabiler Staatsfinanzen versagt. Trotz gravierender Defizite kam es nie zu Sanktionen. Für den Umgang mit Staaten in finanziellen Schieflagen gab es bis zur Einführung

der europäischen Rettungsschirme keine wirksamen Mechanismen. Wenn sich die Probleme aber so aufschaukeln wie im Fall Griechenlands, kommen bei den Rettungspaketen schnell astronomische Summen zusammen. Bei größeren Mitgliedsstaaten ist kaum vorstellbar, wie diese Summen gestemmt werden sollen, auch wenn die Kapazitäten des Rettungsschirms voll genutzt werden. Die europäische Solidarität wird spätestens dann an ihre Grenzen kommen.

Die in diesem Jahr gestartete Bankenunion sollte eine weitere Sicherheitslücke schließen, an die ihre Befürworter große Hoffnungen geknüpft hatten. Sie sollte unter anderem die enge Abhängigkeit von Staatsfinanzen und Banken verringern. Die Griechenlandkrise macht aber auch deutlich, wie schnell die Lebensfähigkeit der Kreditwirtschaft schwindet, wenn ein Land vor dem Bankrott steht und das Kapital frei bewegt werden kann.

Die Griechenlandkrise hat außerdem sehr schnell sehr deutlich gezeigt, wie schwierig der Spagat für die EZB ist, gleichzeitig als Zentralbank für die Liquiditätsversorgung der Banken zuständig zu sein und als Bankenaufseherin die Solvenz der Institute zu überwachen. Sicher, alles soll institutionell getrennt werden. Trotzdem sind die Gefahren für den guten Ruf der Notenbank enorm. Und ist die EZB bei der emergency liquidity assistance, den ELA-Notkrediten an griechische Banken, in den vergangenen Monaten nicht bereits viel zu weit gegangen? Als sich die griechische Regierung noch gegen Kapitalverkehrskontrollen wehrte, hat die EZB eine Ausweitung der ELA-Kredite von 60 Milliarden Euro im Februar auf aktuell fast 90 Milliarden Euro nicht verhindert. Sollte es doch noch zu einem Grexit kommen, erhöht sich dadurch das Haftungsrisiko der übrigen Staaten des Euroraums enorm.

Immer mehr und immer komplexere Regeln waren bislang die Antwort auf wirtschaftspolitisches Fehlverhalten in der Währungsunion. Aber auch Regeln haben Grenzen. Der bisherige Ansatz, am Ende auf den guten Willen der nationalen Regierungen zu setzen, hat sich nicht bewährt. Ohne einen stärkeren Verzicht auf nationale Souveränität im Bereich der Wirtschaftspolitik wird eine konsistentere und verbindlichere Wirtschaftspolitik der Staaten des Euroraums nicht erreicht werden können. Das Prinzip der Subsidiarität muss dabei aber handlungsleitend bleiben. Es muss gelten: So viel Europa wie für die Stabilität des Euro nötig und so viel nationale Eigenständigkeit wie möglich.

In unserer genossenschaftlichen FinanzGruppe haben wir viel Erfahrung mit der Sicherung von Stabilität, aber auch mit der Gewährung von Solidarität. Auch bei uns ist die Maxime die wirtschaftliche Unabhängigkeit unserer Mitglieder. Die Sicherung der Stabilität erfordert aber auch bei uns Transparenz und substantielle Kontrollrechte, um möglichen Fehlentwicklungen frühzeitig begegnen zu können. Und wenn die Solidarität der Gemeinschaft erforderlich ist,

wird sie immer auch ausreichende Gegenleistungen einfordern, dies ist fester Bestandteil der DNA unserer Gruppe.

In einem europäischen Grundsatzpapier haben vor wenigen Tagen die Präsidenten der Europäischen Kommission, der EZB, des Europäischen Parlamentes, des Rates und der Eurogruppe Pläne über die **langfristige Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion** vorgelegt. Viele Vorschläge zur Stärkung des Euro sind begrüßenswert, insbesondere wenn sie die nationalen Haushalte einer besseren und wirksamen Kontrolle unterziehen. In einem Punkt der Analyse kommt es allerdings zu einem gefährlichen Fehlschluss: Es geht um die Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme. Bisher ist von einer Rückversicherung zwischen den bestehenden nationalen Einlagensicherungen in der Eurozone die Rede, also von grenzüberschreitenden Haftungspflichten ohne Möglichkeiten einer Risikokontrolle für den Haftungsgeber.

Eine **europaweite Vergemeinschaftung der nationalen Einlagensicherungssysteme** allerdings wäre ein wirklich schlechter Ersatz für eine Weiterentwicklung der Eurozone – nach diskussionswürdiger gemeinsamer Haftung über die EZB wäre dies ein klarer Einstieg Deutschlands in eine Transferunion. Zwangstransfers in einzelnen Wirtschaftszweigen sind doch kein Ersatz für eine echte tiefere politische und wirtschaftliche Integration, meine Damen und Herren. Und auch kein Ersatz für gezielte Maßnahmen zur Stärkung der bestehenden Einlagensicherungssysteme. Um es klar zu sagen: Eine Transferunion lehnen wir entschieden ab. Das gilt auch bei der Einlagensicherung.

Wir sind nicht bereit, die zur Sicherung von Kundengeldern über viele Jahre angesammelten Mittel für die Einlagensicherung in anderen Ländern einzusetzen. Wie sollen wir das auch unseren Einlegern und Sparern erklären? Ich fürchte sogar, dass eine solche Vergemeinschaftung das Vertrauen der Bürger vieler Mitgliedsstaaten in die vorhandenen Einlagensicherungssysteme nachhaltig beschädigen wird. Und wenn wir in der derzeitigen politischen Situation in der Europäischen Union (EU) eines vermeiden sollten, dann ist das die Verunsicherung der Sparer und der Verbraucher in ganz Europa. Viele Länder haben gerade erst auf Beschluss der EU harmonisierte Einlagensicherungssysteme installiert, die den Schutz der Einleger bis 100.000 Euro garantieren. Deutschland wiederum hat zusätzlich auch noch umfangreiche Institutssicherungssysteme wie zum Beispiel unseres, die den Schutz des gesamten Instituts und damit auch der Einleger garantieren und seit Jahrzehnten mit entsprechenden Beiträgen finanziell ausgestattet werden. Herr Hofmann wird diese Reform gleich noch einmal vorstellen. Vergemeinschaftete Einlagensicherungssysteme bringen weder mehr Stabilität für das gesamte System noch lösen sie aktuelle Probleme. Ganz im Gegenteil.